

Hamburger Echo.

Anzeigen die sechsgepalte Bettzeile oder deren Raum 35 A., Arbeitsmarkt, Vermietungen und Familienanzeigen 20 A., Anzeigenannahme Feilbitt, 11, Erdgeschoss, (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz u. Datenvorchriften ohne Verbindlichkeit. Reflektoren im Redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung und Buchdrucker-Kontor: Feilbitt, 11, Erdgeschoss.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köpfe in Hamburg.

Hierzu zwei Beilagen.

tratie völlig verkenne. Und dann wird den Liberalen ordentlich eingeheißt, um sie vor den Ansprüchen der Sozialdemokratie in Angst und Schrecken zu versetzen und sie einzuschüchtern, damit sie willig werden sollen, den eblen Junkern und Pfaffen vom schwarz-blauen Block zu helfen, die Sozialdemokratie niederguringen zur höchsten Ehre der Macht der Junker. Das Junkerorgan hält zum Schluß den Liberalen vor:

„In der Wirklichkeit ein die Staatsautorität schwächendes liberales Regiment, dem Ziele der Sozialdemokratie ebenso förderlich wie es ist, die liberale Parteilast, die im Volke die Erkenntnis des Ernstes der sozialdemokratischen Gefahr mit aller Kraft verhindert. Der Liberalismus läßt eine schwere Verantwortung auf sich, wenn er fortfährt, durch seine Agitation die Fiktion des Bürgertums vor der schwersten Gefahr, die unserm Vaterland derzeit droht, abzulenken. Die Reichstagsversammlungen seit dem Sommer 1900 haben zur Genüge gezeigt, daß seine Positionen der Sozialdemokratie gegenüber die allerunschwächsten sind. Verschiebt er sich gegen die Lehren, die daraus zu ziehen sind, so wird er die Folgen schwer genug am eigenen Leibe spüren. Das deutsche gewerbetätige Bürgertum, das in erster Linie die Folgen einer Verklärung der Sozialdemokratie zu fühlen befähigt, alle Urkräfte, sich ernstlich zu überlegen, ob es eine solche verhängnisvolle Politik mitzumachen gewillt ist.“

Die „Staatsautorität“ ist im Munde der Junker bekanntlich identisch mit ihrer eigenen Autorität, d. h. mit ihrer Herrschaft über den Staat. Diese zu erhalten, ist ihnen jedes Mittel recht. Sobald der Liberalismus nur ein wenig Einfluß auf den Staat gewinnt, ist dieser „Autorität“ in Gefahr. Da man aber doch die Liberalen nicht gut vor sich selber hängen machen kann, so wird das alte Mittel angewandt, das sich schon so oft als probat erwiesen hat. Man zitiert das „rote Gespenst“, um das habselbzerige Bürgerthum von der energischen Verfolgung seiner eigenen Interessen zurückzuweichen.

Daß genug schon haben sich die Liberalen durch diese reaktionären Tüdel narren lassen, weil ihr kapitalistisches Genie die entgegengesetzte Wahrung der unmittelbaren Arbeiterinteressen durch die Sozialdemokratie als ein Hindernis in der so hoch und heilig verehrten Profitmaxime empfindet. Wenn es die Entscheidung zwischen Reaktion und Sozialdemokratie galt, dann hat o genug ein falsch verstandenes Klasseninteresse die liberalen Spießbürger zu vielen Tausenden ins Lager der Reaktion getrieben und sie haben die schlimmsten Feinde einer bürgerlich-liberalen Entwicklung zum Siegre verholpen. Die bürgerlichen Interessen sind dabei immer mehr unter die Räder gekommen.

Daß es weder so komme, ist der Zweck solcher drohend und warnenden Erklärungen wie der der „Kreuzzeitung“. Es rechnet auf die Unbegreifbarkeit derjenigen Liberalen, die noch immer nicht begreifen können, daß die bürgerlichen Interessen gegen die Macht der Junker nicht aufkommen können ohne die Hilfe der in der Sozialdemokratie politisch organisierten Arbeiterklasse. Sekt der Liberalismus die Klassenfeindschaft gegen die Arbeiter über die Nothwendigkeit, Junker und Agrarier zu besiegen, dann dankter damit für alle Zeit ab, dann gibt er jede Möglichkeit auf, jemals im Staate die Geltung zu erlangen, die längst für das Bürgertum hätte errungen werden müssen.

Gelegenheit genug, aus der Geschichte zu lernen, hat die deutsche Liberalismus gehabt. Besonders eindringlich ist es die Logik der Dinge eingepaukt worden, nachdem der tragische Versuch, mit den Konservativen im Bismarck'schen liberalen Politik zu machen, so elendiglich gescheitert ist, wie klare Urtheiler voraussehen und voraussetzen. Man soll deshalb meinen, daß solche Eingießungsversuche von Seiten der Reaktion endlich wirkungslos an den Liberalen abprallen müßten. Daß sie aber immer wieder gemacht werden, zeigt, daß man bei den Konservativen noch nicht alle Hoffnung verloren hat. Man schätzt eben den Verstand, die Einsicht der Liberalen auf der Rechten beliebig niedrig ein.

Hoffen wir, daß diesmal die Rektionäre sich wirklich verrechnet haben. Im eigenen Interesse des Liberalismus wäre das zu wünschen.

z. London, 8. Februar

Mit großer Spannung sieht man hier dem neuen Pariser Vertrag entgegen. Zwar ist man allgemein auf eine weitere Vermehrung um wenigstens 4 Millionen Pfund Sterling gefaßt, da man will noch immer den Gerüchten nicht glauben, bis man sie selbst mit eigenen Augen sieht. Es wird aber schon kommen, wie jeder Mann, selbst im liberalen Lager, fragt sich: wozu Steuern erhöhen? Was kann der Zweck, was kann das Ende dieser Maßnahmen sein? Die Vermehrung der Rüstungen sein? Nach 1906/07 hat die liberale Regierung aus Fuderl sam, betrug der Marineetat „nur“ 81,4 Millionen Pfund, was schon eine Zunahme um mehr als 10 Millionen gegenüber der Ziffer von vor zehn Jahren zu Seidem aber ist der Marineetat um weitere 9 Millionen vergrößert worden und betrug 1910/11 nicht weniger als 40,6 Millionen Pfund. Soll er jetzt bis auf 50 Millionen hinaufgeschraubt werden? Das würde doch binnen wenigen Jahren zum Bankrott führen! In der ganzen liberalen Bewegung herrscht ein Widerstand gegen diese Politik, man glaubt gar nicht, daß man wieder neue Steuern schaffen muß, um die Ausgaben zu decken, denn man würde nur einen Schaden davon haben.

nach direkt dem Gesetz zum Schutz der Arbeiter zu überlegen; man muß dann klammern für die Arbeiter und Knecht und untergründig die tiefste Gesellschaft des Liberalismus. Und wirklich, so fundamental wie liberaler Regierung auf diesem Gebiete gescheitert und gemahnt hätte auch die realistischste Unterfertigung der Tories scheitern und wählten. Die Frage der Einschränkung der Rüstungsaufgaben und Ausgaben für Rüstungen war der Gegenstand einer heftigen und populären Kampfkampagne der liberalen Partei gegen den berühmten Vahlen von 1906. Mit dieser Parole haben sich imperialistischen Gegner auf Schritt und Tritt geschlagen und eine unheimliche Mehrheit der Stimmen im Lande und der Eise im Parlament bekommen. In der Tat haben sie gleich im ersten Jahre des Marineetat von 88,1 auf 31,4 Millionen herabgesetzt und wieder 1907 bis 1908 auf 31,2 Millionen herabgesetzt. Im Jahr 1909 schon der Etat von 1908/09 um 1909/10 mit einmal auf 35,5 Millionen 900 000 Pfund. Und 1909/10 wieder auf 35,5 Millionen Pfund Sterling und 1910/11 wieder auf 40,8 Millionen Pfund Sterling. Unterdessen man diese Ziffern näher, so erhält, daß das Ansehen des Staats einjüngt und allein auf das Anschließen der neuen Rüstungen zurückzuführen ist. 1908/07 wurden für Neubauten hauptsächlich von Dreadnaughts — 10,4 Millionen ausgegeben. Seitdem wurde für Neubauten ausgegeben: 1907/08: 1908/09: 3,8, 1909/10: 11,2, 1910/11: 14,9 Millionen Pfund Sterling, insgesamt in den fünf Jahren der liberalen Wirtschaft nicht weniger als 54 Millionen Pfund! So hat der Liberalismus

die Rüstungen um die Ausgaben für Rüstungen eingeschränkt! Das war der Grund dieser faßlosen Verleugung aller Verpflichtungen und aller Prinzipien des eigenen politischen Glaubens? Natürlich das Beteifern mit Deutschland. Der bloße Schein, daß eine andere Macht sich amegnet hat, eine starke Flotte zu bauen, genigte, um den englischen Liberalismus in allen seinen Grundpfeilern zu erschüttern. Freilich, das Wissen, daß Deutschland eine große Flotte baut, war schon 1906/07 vorhanden, als die liberale Partei für die Einschränkung der Rüstungen agitierte. Allein damals fand an ihrer Spitze ein Mann, Sir Henry Campbell Bannerman, bei dem das Wort und die Tat nicht auseinandergeringen, und seitdem führt die Partei ein Herr wie Asquith, der ein Imperialist wie der echte beste Lorch ist und nur mit Mühseligkeit auf seine radikalsten Kollegen nicht ganz nach seinen eigenen Neigungen handeln kann. So ist, seitdem er 1908 an die Leitung der Partei und der Regierung angelangt ist, der Marinetat ungeheuer getrieben, und die Dreadnoughts vermehren sich von Jahr zu Jahr.

Wüste die Ozeale Regierung so handeln, wie sie tatsächlich gehandelt hat? Gestellt, England müßte seine Seeherrschaft bestimmen. Wieviel, eine politische Verständigung oder wenigstens eine Verständigung über die Rüstungsfrage sei, dann der Abneigung Deutschlands, mit ihm unmöglich. Folgt es, selbst vom bürgerlichen und, sagen wir „patriotischen“ Standpunkt aus, daß dieses Beitreten an Rüstungen notwendig war oder ist? Als die liberale Regierung im März 1909 die plötzliche Erhöhung des Marineetats von 8,5 auf 11,2 Millionen für Neubauten vorschlug, war das Verhältnis der Seestreife zwischen England und Deutschland wie folgt: England besaß (um nur Riesenfähige zu rechnen) eine moderne Schlachtflotte von 45 Schiffen, darunter 7 Dreadnoughts, 2 Nelsons, die zu gleicher Zeit (1905) mit dem ersten Dreadnought gebaut worden waren und von vielen Ausländern als selbst diesem überlegen betrachtet werden, und dann 8 King Edwards, ebenso viele Formidablen und 20 etwas ältere Zumwans, Canopus und Majesties. Der Wert dieser Schiffe ist daraus zu ersehen, daß die amerikanische Flotte, 1909 ihresgleichen nitrgangs, außer in der amerikanischen Flotte, hatten, während die Riesenfähige der Dreadnought-Klasse, die Deutschland zu jener Zeit hatte, nur etwas besser als die zuletzt in der Reihe genannten Majesties waren. Es vermochte denn Deutschland dieser Flotte gegenüberzustellen? Es besaß zu jener Stunde noch keine einzigen fertigen Dreadnought, und seine ältere Schlachtflotte bestand aus 24 älteren Schiffen, von denen kein einziges sich entgegen der dem Nelsons über den King Edwards messen könnte und nur sehr wenige den Formidablen ebenbürtig waren. Das Kraftverhältnis also war 45 gegen 24, und dabei Schiffe für ein Schiff fast unparallelisch überlegen.

Aber Deutschland war emsig an der Arbeit, ein großes Flottenprogramm auszuführen, und jedes Jahr, ja jedes halbe Jahr vermehrte diese Flotte. Es galt also, für die Zukunft zu sorgen. Bereits 1906 liefen die Zerstörer: *cavant consules* Deutschland, hieß es damals, würde schon 1910 eine schlagfertige Flotte besitzen und England müsse entweder vor jenem Jahr einen Krieg führen, oder sich wenigstens 10 neue Dreadnoughts beschaffen. Aber selbst von denselben Tones wurde es im März 1909 eingeehnen, daß diese Schwarzmaleten eine rein Planktante war: selbst im Dezember 1910 werde Deutschland fast programmäßig nicht mehr als fünf gegen eine einzige Dreadnoughts haben, und der Rest schwächer sein, so keine anderen Schiffe, sondern nur noch Torpedobolzen, so könne England mit der halben Zahl ruhig schlafen. Aber — das war dann mit der Emphase betont — im Frühjahr 1911 werde man sich mit der damaligen Flotte Balfours, des Führers der Opposition, zu gebrauchen, die Gefahr für England so groß sei, wie noch nie im Verlauf der letzten zwei Jahrhunderte! „Zu seinem Bauprogramm nach dürfte Deutschland Ende März 1911 nicht mehr als 13 U-Boote für die Dreadnoughts besitzen, allein es geht sicher daraus, daß die deutsche Marineverwaltung geheim das Bauprogramm 1908 beschleunigt und auf den Wertes Tag nahmen getroffen habe, auch in den folgenden Jahren den Bau zu beschleunigen. Man dürfe — so erklärte Balfour im Unterhaufe im März 1909 — nicht annehmen, daß Deutschland im Frühjahr 1912 nicht 13, sondern 21, und wenn es keine Bauprogramme gelegentlich richtig ausführen sollte, gar 25 Dreadnoughts besitzen werde. Was würde dem gegenüber die deutsche Flotte aufweisen können, falls es nicht mehr bauen sollte? 12 Dreadnoughts, nur nicht mehr! Es sei also klar, England müsse sofort weiterbauen, mindestens 25 Dreadnoughts sofort, auf den Stapel legen und

weitere 8.1911 bis 1911. Die Regierung hat mit diesen Berechnungen unzufrieden
 Aus. Es ist aber genau, daß die deutsche Marineverwaltung
 das Bauprogramm ohne Wissen des Reichstages beschleunigt hat, so
 groß, wie Herr Solfow meint, die deutschen Baugesell-
 schaften nicht. Wie immer das deutsche Marineamt sich anstrengt
 mag, wird die deutsche Flotte im Frühjahr 1912 nicht mehr als
 17 Dreadnoughts besitzen. Auf dieser Ziffer aber muß man
 stehen, und dementsprechend die Bauanlagen machen. Die
 Dreadnoughts sollen sofort auf den Weg gehen, und es sollte
 sich die Befürchtungen in Bezug auf die deutschen Neubauten be-
 kräftigen, wenn man 1911 weitere vier begonnen werden
 kann wird England im Frühjahr 1912 20 gegenüber den deut-
 schen 17 Dreadnoughts besitzen.

Wie bekannt, hat Herr v. Tirpitz sofort im Reichstag erklärt, die Verdrickungen der Engländer seien grundlos. Das deutsche Marineamt habe das gesetzmäßige Vauprogramm nicht über-
schritten und werde 1912 — und zwar im Herbst, nicht Frühjahr — nur 13 Dreadnoughts besitzen. Das gab der radikalere Con-
soliqatist der englischen Regierung, die auch ohnehin nur von
Herr auf die Verdrickung des englischen Admiralität legte, den
Anlaß, die Herabsetzung des vorgeschlagenen Programms zu for-
dern. Deutschland, erklärten sie, werde im Frühjahr 1912 ein-
neun, höchstens zehn Dreadnoughts haben, England aber ein-
undzwanzig. Die Engländer wollten also nicht nur die Zahl, sondern
auch ohne neue Bauten über zwölf Schiffe dieser Klasse ver-
fügen. Außerdem bestie es doch noch auf die Frage für den Herbst
vorverfällige Flotte, so daß, sollte man sich nicht für den Herbst
1912 verschicken, es genüge, nur drei Dreadnoughts auf Stapel-
zu legen, und dies auch ohne neue Flot, sondern erst im Beginn
1910/11, da der Bau eines Schiffes in England nicht mehr a-
usreichend schnell vorwärt.

Man erinnert sich, wie die liberale Regierung auf die Agitation geantwortet hat. Es wurde mit einmal eine Pan-
infernier, wie sie heisser und ein Bismarck nicht infzeniere
konnte, und die Radikalen wurden übermächtig. Die Regierung
legte ihren Willen durch, vier Drednoughts wurden am 25.
Juli und November 1909 auf Stapel gelegt, und weitere vier
wurden für das kommende Jahr beinaheungsweise projektiert.

Su verging das Jahr; es fehlte an jeglicher Betätigung, da das deutsche Bauteam wirklich befehlungslos wurde, oder besser ungedacht verordnende bis zum Abbruch der Admiralität im April 1911 die projektierten Pläne zu begeben? Die Ausrede war: Deutschland ist ein solches Reich, das Bauteam nicht befehlungslos — wenigstens feilhaft — genaue Angaben — aber Österreich habe den Befehl gegeben, seine Flotte um vier Dreadnoughts zu vermehren, und das sei ebenso gut als wenn Deutschland jene Flotte vermehrt hätte. Die Ausrede war geradezu abern, denn erstens stand das österreichische Projekt nur auf dem Papier, und zweitens, sollte nicht die Flotte der Bundesgenossen Deutschlands antretten, so müßten doch englischerseits auch die Flotten Japans und besonders Frankreichs mitgerechnet werden, vor allem das französische zu jener Zeit ein neues gemächliches Flottenprogramm entworfen hat. Aber die Maßhalten waren, hatten nicht mehr den Mut gegen die Vorles geangene, waren, hatten nicht mehr den Mut zu kämpfen, die eigene Regierung entwich ohne Schaden.

Und jetzt ist wieder ein Jahr vergangen. Im Verlauf dieser Jahre ist es dokumentarisch bewiesen und selbst vom englischen Flottenverlei (wie in dessen Jahrbuch für 1911 zu lesen ist) anerkannt worden, daß erstens, Deutschland das Bauteam nicht befehlungslos hat und 1912 (wahrscheinlich erst Herbst), wie Herr v. Tirpitz berichtet hatte, nur über 13 Dreadnoughts verfügen wird. Zweitens ist es sicher, daß Österreich wie selbst die englische Admiralität öffentlich gestanden hat, 11 Dreadnoughts nicht vor 1913 und später bekommen wird. Und drittens, hat der Vize Lord, also Chef des Generalstabes der Marine, sich feierlich ausgeprochen, daß eine Revision Englands

eine Sache der Unmöglichkeit ist. Damit ist der Wahnsinn nicht nur der Bauprogramme der letzten zwei Jahre, sondern auch aller ähnlichen Programme in der Zukunft deutlich bewiesen worden, und man muß sich, selbst dem rein partiell-liberalen Standpunkt aus, wundern, wieso die Regierung noch mag, jetzt mit einem neuen erweiterten Bauprogramm vor das Parlament zu treten.

Die Antwort ist dieselbe wie überall: wo das Bürgerthum nicht den Mut besitzt, für seine Ueberzeugungen zu kämpfen, dort liefert es die Position der immer wachsenden Reaktion aus. Wie in Deutschland, so auch in England, leidet der moderne Liberalismus an Trägheit und Feigheit, und ist nur dazu brauchbar, die Geschäfte des Zunftertums zu verrichten.

Aus dem Reichstag.

Die heutige Fortsetzung der zweiten Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes kam über die Frage der Besetzung der Strafkammern nicht hinaus. Nach den Beschlüssen der Kommission sollten die Strafkammern in der Hauptabteilung mit zwei Richtern einsitzlich des Vorsitzenden und mit drei Schöffen, und in Berufsgerichtsverräthen mit drei Richtern, einsitzlich des Vorsitzenden, besetzt sein. Alle Vermählungen der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, daß die Schöffen und Geschworenen, denen in Zukunft Angelegenheiten gezahlt werden sollten, aus allen Teilen der Bevölkerung, einsitzlich der Lehrenten und Bauern, zu entnehmen sind, blieben erfolglos. Der heutige Nebekampf drehte sich hauptsächlich um die Frage der Besetzung der Berufungskammern. Während Gröber vom Zentrum und Dr. Müller-Meinungen beantragten, die Kammern der Berufungskammern ebenso zu besetzen, wie die Kammern der ersten Instanz, mit zwei Richtern und drei Schöffen, wurde von der sozialdemokratischen Kammer und der ersten Instanz, in beiden Instanzen die Kammern mit drei Richtern und drei Schöffen zu besetzen. Die fünfentscheidende Diskussion dieser Frage ließ erkennen, daß Zentrum und Nationalliberale gespalten sind. Absolut einsitzlich in dieser Frage nur die Konfessionen und die Sozialdemokraten zu sein. Erhielt selbstverständlich nur nach der Richtung hin, das Parteienelement soweit irgend möglich zu beschränken, wie die Auswahlen der beiden Konfessionen Meiner, Dr. Wagner und Barenhorst, ergaben, wohingegen Gröber vom Zentrum, Baffermann von den Nationalliberalen, Dr. Müller-Meinungen und Dove von den Fortschrittlichen aus Gründen, die sie aus ihrer eigenen praktischen Erfahrung schöpften, für die Verstärkung des Parteielements in der Rechtsprechung eintraten, nur wollten sie nicht so weit gehen, wie der sozialdemokratische Antrag, der von unseren Genossen Stadthagen und Zielinski sowohl gegen die Angriffe der Konfessionen, des Nationalliberalen Dr. Böhm, des Zentrumsmannes Dr. Schuler und des Antikenten Dr. Graef, wie auch des Meinerungsvertreter, Staatssekretär Dr. Schmidt vertheidigt wurde. Dem Entwurf wurde, der nämliche, von Seiten der Regierung gemacht wurde, daß der Minister an geeignetem Schöffen und Geschworenen, nicht namentlich in dem Preussens eine Erweiterung der Einziehung von Reichsrichtern unmöglich machte, fielen unsere Entgegen, daß dann Preußen die Pflicht habe, für ein besserer Schlichtung Sorge zu tragen. Da die Regierungsbereiter die bestimmte Erklärung abgegeben haben, daß bei Annahme eines der gestellten Anträge der Entwurf für die Regierung unannehmbar sei, wurde von uns die namentliche Abstimmung über die Anträge beantragt, die am Freitag bei Beginn der Sitzung stattfinden soll.

Die neue Militärvorlage

Die Budgetkommission des Reichstags hat über die neue Militärvorlage sehr schnell schlüssig gemacht. Nach einem Berliner Telegramm hat sie schon am Freitag den Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke angenommen und die Neuforderungen auf Grund desselben bewilligt, nachdem schon am Donnerstag die Forderungen für die Infanterie und für die Artillerie angenommen worden waren.

Ueber die Beratungen am Donnerstag ist noch nachzutragen, daß gänzlich die Debatte über die Decksungsfrage fortgesetzt wurde, die am Mittwoch auf Wunsch der Nationalliberalen abgebrochen worden war, weil Abgeordneter Gräbner eine Auffstellung über den Kostenpunkt gab, die wesentlich höher als die Summe aufwies, als sie in der Vorlage angegeben sind. Der Staatssekretär hatte erklärt, diese Zahlen richtig zu sein, nicht bekannt, ob aber Nacht hat sich der Minister erklärt. Als Genosse Röske auf die Vorgänge am Mittwoch hinwies, trat Gräbner plötzlich so, als hätte er nur allgemeinen bekannte und formale Angaben gemacht habe. Und heinze wie auf Verabredung mit den bürgerlichen Rednern über alles mögliche gesprochen, nur nicht über das, was am Tage vorher allgemein Sensation aufgeweckt wurde. Genosse Schäfflin knüpfte an diese Vertuschungsversuche an und erklärte, dem Kriegsministerium sei ein „Spiel mit doppelten Worten“ gespielt worden. Kriegsminister und Staatssekretär protestierten dagegen, aber in der Tat, daß zwei teils Auffstellungen über den Kostenpunkt vorliegen, konnte nicht mehr geleugnet werden, daß doch der Kriegsminister so, es nicht zuzulassen, wenn der Staatsrat auch die gleiche Überzeugung gehabt. Da Gräbner aber am nächsten Tage leib tat, wäre dieses nicht Spiel, sondern bekannt geworden. Mit recht auffälligen Eingriffen bürgerlichen Parteien dem Kriegsministerium Dant und Vertretung. Beachtlich ist auch, daß auch am Donnerstag konsequente und nationalliberale Redner wieder über die schärfsten Bedauern über die „geringen“ Forderungen des Kriegsministers Ausdruck gaben. Staatssekretär Bernuth, der am Mittwoch wiederholt sehr schwere persönliche Beleidigungen äußerte, war am Donnerstag gegen die Verantwortlichkeit für die finanzielle Lage der Reichsarmee die Mittelsvorlage zu übernehmen. Der Reichstag ist, daß selbst, wenn 500 Millionen in der Budgetsumme von 1900 voll eingeht, in mehr als 100 Millionen die Summen fehlen; das lasse sich auch bei größter Sparlichkeit nicht vermeiden. In der amtlichen Deutlichkeit der Finanzreform von 1900 wurde genau das Gegenteil der Genosse Röske ging mit den Redneren über die Finanzlage in ein Gericht und beleuchtete den kritischen Stand der Dinge. Die Spezialberatung bot nichts Bemerkenswertes.

Ein Protest der Presse

Gegen die am 12. Januar im Reichstag auf dem Wege
Ueberrumpelung beschlossene Verschärfung der Straf-
für Beleidigung (lex Wagner) regt sich endlich auch
Organisation der bürgerlichen Presse. Der Verein „Berli-
Presse“ hat dazu folgende Resolution beschlossen:

Die heilige Versammlung des Vereins „Berliner Protestanten“ erhebt entschieden Protest gegen die durch die jogenannte „lex Wagner geplante Verschärfung der §§ 186, 188 des Strafgesetzbuches. Die Versammlung sieht keinerlei Anlaß zu einer Erörterung dieser Vorschriften vor der allgemeinen Reform des Strafgesetzbuches und ohne Zusammenhang mit dieser. Die Versammlung sieht ferner in der Erhöhung der Strafen für die Verleumdung eine schwere Gefahr für die Freiheit der Presse und die Unabhängigkeit der Richter. Sie ersucht demnach die Versammlung, sofort gegen den Protest beim Reichstage zu übermitteln und die weiteren erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Zustimmung der Reichsregierung und der Parteien zu diesem Gesetze zu verhindern.

Interessiert ist die Stellungnahme der Herrschaften. Gernmann zu diesem Beschlusse, weil ein Teil des Zentrums der „Ragner“ unter allgemeiner Verwirrung zur Annahme verha. Das Zentrumsblatt sagt dazu:

„Es handelt sich bei dem § 186 des Strafgesetzbuches um Verleumdungen (üble Nachrede, nicht verleumderische)